Petition an den Deutschen Bundestag Petitions-ID 186384

zur Prüfung eingereicht am 08.09.2025

Der deutsche Bundestag möge zur Linderung der wachsenden Wohnungsnot beschließen, die Wohngemeinnützigkeit mit einem Investitionszuschuss zu ergänzen.

Begründung:

Im Januar 2025 fasste die Bundesregierung einen Beschluss zur Neuen Wohngemeinnützigkeit. Im aktuellen Koalitionsvertrag fundierten die Mehrheitsfraktionen den Regierungsbeschluss mit einem ergänzenden Investitionszuschuss-Versprechen. Entsprechende haushaltswirksame Taten blieben aber bisher aus!

Bezahlbaren Wohnraum braucht das Land. Die Krise verschärft sich täglich. Besonders betroffen sind Bevölkerungsgruppen mit dem höchsten Armutsgefährdungsrisiko: Alleinstehende und Alleinerziehende mit ihren Kindern, mittlerweile aber auch der breite Mittelstand. Mehr Sozialwohnungen fallen aus der Mietbindung heraus, als neue erstellt werden. Zudem erdrücken hohe Baukosten sowie Kreditzinsen den notwendigen Wohnungsneubau gerade für die unteren Einkommenssegmente. Unterdessen steigen Mieten und Immobilienpreise weiter schmerzhaft in die Höhe.

Finanzielle Zuschüsse hingegen würden wirksame Anreize und Abhilfe schaffen. Konjunkturelle Baubelebung sorgt über Multiplikatoreffekte für öffentliche Refinanzierung, strukturell werden Armut und Armutsfolgen unmittelbar bekämpft sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt.

Die Not ist groß:

Was von öffentlichem Nutzen ist, muss getan werden. (G. W. Leibniz)

Das Problem bezahlbarer Wohnraum berührt nicht nur Fragen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der Wirkmächtigkeit des Staates sowie der Glaubwürdigkeit von Politik hinsichtlich ihrer grundlegenden Aufgabe der Sicherung einer menschenwürdigen Daseinsvorsorge. Im Bereich bezahlbarer Wohnraum können und müssen demokratischer Staat und Politik ihre Stärken unter Beweis stellen, wenn extremistischen Kräften nicht das Feld überlassen werden soll.

Handeln, bevor es zu spät ist, lautet die Maxime!

Kristina Osmers und Werner Dicke 08.09.2025

Noch ist keine Mitzeichnung möglich, da bislang keine Freigabe erfolgte.